

§. 12. So lange der Grundsatz wegen Aufhebung der Abgaben-Befreiungen in Bezug auf die Klassensteuer und direkte Gemeindesteuer noch nicht durchgeführt ist, sind die zur Zeit noch befreiten Personen aus diesem Grunde von der Wahl nicht auszuschließen.

§. 13. Die Wähler werden behufs der Wahl der Wahlmänner in drei Abtheilungen getheilt.

§. 14. Die Bildung der Abtheilungen erfolgt nach Maßgabe der von den Wählern zu entrichtenden Staatssteuern (Klassensteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer), und zwar in der Art, daß auf jede Abtheilung ein Drittel der Gesamtsumme der Steuerbeträge aller Wähler fällt. Diese Gesamtsumme wird berechnet a) gemeindeweise, falls die Gemeinde einen Wahlbezirk für sich bildet oder in mehrere Wahlbezirke zerfällt, b) bezirksweise, falls der Wahlbezirk aus mehreren Gemeinden zusammengesetzt ist.

§. 15. Zum Zwecke der Abtheilungs-Bildung tritt da, wo keine Klassensteuer erhoben wird, für dieselbe zunächst die etwa in Gemäßheit der Verordnung vom 4. April 1848 anstatt der indirecten eingeführte directe Staatssteuer ein. Wo weder Klassensteuer, noch kassifizierte Steuer auf Grund der Verordnung vom 4. April 1848 erhoben wird, tritt an Stelle derselben die in der Gemeinde zur Hebung kommende directe Grundsteuer. Wo auch eine solche ausnahmsweise nicht besteht, muß von der Gemeindeverwaltung nach den Grundsätzen der Klassensteuer-Veranlagung eine ungefähre Einschätzung bewirkt und der Betrag ausgeworfen werden, welchen jeder Wähler danach als Klassensteuer zu zahlen haben würde. Die Gewerbesteuer, welche von einer Handels-Gesellschaft entrichtet wird, ist, behufs Bestimmung, in welche Abtheilung die Gesellschafter gehören, zu gleichen Theilen auf dieselben zu repartieren.

§. 16. Die erste Abtheilung besteht aus denjenigen Wählern, auf welche die höchsten Steuerbeträge bis zum Belaufe eines Dritttheils der Gesamtsteuer fallen. Die zweite Abtheilung besteht aus denjenigen Wählern, auf welche die nächst niedrigeren Steuerbeträge bis zur Grenze des zweiten Dritttheils fallen. Die dritte Abtheilung endlich besteht aus den niedrigst besteuerten Wählern, auf welche das letzte Drittel fällt.

§. 17. Die zur Zeit von der Klassensteuer und directen Gemeindesteuer noch befreiten Personen (§. 12.) sind in diejenige Abtheilung aufzunehmen, welcher sie angehören würden, wenn die Befreiungen bereits aufgehoben wären.

§. 18. Jeder Wähler darf nur in einer Abtheilung wählen, auch dann, wenn er mehr als ein Drittel der Gesamtsteuer zahlt. In die erste Abtheilung gehört auch derjenige, dessen Steuerbetrag nur theilweise in das erste Drittel fällt. Die übrigen Wähler bilden die zweite und dritte Abtheilung; die zweite reicht bis zur Hälfte der Gesamtsteuer dieser Wähler.

§. 19. Jede Abtheilung wählt ein Drittel der zu wählenden Wahlmänner. Ist die Zahl der in einem Wahlbezirk zu wählenden Wahlmänner nicht durch 3 theilbar, so ist, wenn nur ein Wahlmann übrig bleibt, dieser von der zweiten Abtheilung zu wählen. Bleiben zwei Wahlmänner übrig, so wählt die erste Abtheilung den einen und die dritte Abtheilung den anderen.

§. 20. Die im §. 5. für Gemeinden von 3500 oder mehr als 3500 Seelen vorgeschriebene Bildung von Wahlbezirken kann, sofern es den Verhältnissen angemessen erscheint, in der Art vorgenommen werden, daß die Wähler der einzelnen Abtheilungen in besondere, von den Wahlbezirken der übrigen Abtheilungen unabhängige Wahlbezirke getheilt werden. Eine solche Einteilung der Wähler kann sowohl in Bezug auf sämtliche, als auf einzelne Abtheilungen stattfinden. In keinem Falle dürfen in einem dieser Wahlbezirke mehr als 2 Wahlmänner gewählt werden.

(Schluß folgt.)

Deutschland.

Berlin, 1. Decr. Nachdem in der gestrigen Sitzung des Verwaltungs-Raths auch die Ratifications-Urkunde über den Anschluß des Fürstenthums Waldeck an das Bündniß vom 26. Mai cur. vorgelegt worden, haben nunmehr alle deutschen Regierungen, die dem Bündniß durch besonderen Vertragsschluß bisher beigetreten sind, diesen Beitritt förmlich ratificirt. Wirkliche Theilnehmer des Bündnisses in gegenseitigen Rechten und Pflichten sind demnach gegenwärtig außer den ursprünglichen Kontrahenten, den Königlichen Regierungen von 1) Preußen, 2) Sachsen und 3) Hannover, die Regierungen von 4) Baden, 5) Großherzogthum Hessen, 6) Kurfürstenthum Hessen, 7) Sachsen-Weimar, 8) Mecklenburg-Schwerin, 9) Mecklenburg-Strelitz, 10) Oldenburg, 11) Nassau, 12) Braunschweig, 13) Sachsen-Koburg-Gotha, 14) Sachsen-Meiningen, 15) Sachsen-Altenburg, 16) Anhalt-Deßau und Anhalt-Cöthen, 17) Anhalt-Bernburg, 18) Schwarzburg-Rudolstadt, 19) Schwarzburg-Sondershausen, 20) Schaumburg-Lippe, 21) Lippe-Dehmold, 22) Waldeck, 23) Preuß. älterer Linie, 24) Preuß. jüngerer

Linie, 25) Lübeck, 26) Bremen, 27) Hamburg. Der deutsche Bundesstaat würde in diesen Mitgliedern bis jetzt 7480 Quadrat-Meilen und fünfundzwanzig Millionen zweimal Hundert fünfzig Tausend Einwohner umfassen. (Pr. St. A.) — (Bekanntlich ist aber der Beitritt Sachsens und Hannovers sehr problematisch geworden und mit Oldenburg u. a. ist die Angelegenheit auch noch nicht im Reinen, so daß sich der Umfang des Bundesstaats um ein sehr Bedeutendes verringern dürfte.)

— Der ehemalige Postsecretär Gödsche soll gestern Abend verhaftet worden sein.

Frankreich.

Paris, 1. Dec. Die Restauration des Tuilerien-Palastes ist vollendet. Man behauptet, daß L. Napoleon wahrscheinlich schon am 10. Dec. seinen ersten Ball dort geben und 10,000 Personen dazu einladen werde. — Unser abberufene Gesandte in Washington, Poussin, welcher die bekannte Mißthelligkeit mit der vorzigen Regierung hatte, ist in Havre angelangt. Wie versichert wird, haben die Generale Gastebajac und Randon die ihnen angebotenen Posten in Petersburg und Wien, so wie Versigny die ihm zugedachte außerordentliche Sendung nach Berlin abgelehnt. Letzterer soll auch das ihm, an F. Barrot's Stelle, angetragene Ministerium des Innern ausgeschlagen haben, welches jetzt de Morny, conservativer Deputirter unter Ludwig Philipp, übernehmen soll. — Auf der hiesigen Commandantur wird die theilweise Entwaffnung und Reorganisation der Nationalgarde vorbereitet. — Nach dem Plane Changarnier's sollen außer den Cadres nur 30,000 M. Nationalgarde von möglichst guter Gesinnung bewaffnet bleiben. — Gestern ist der Sohn des berühmten Generals Lafayette dahier gestorben. Er war seit 1822 Deputirter und voriges Jahr Vicepräsident der Constituirenden, in welcher auch seine beiden Söhne Oscar und Edmond saßen. — Guizot wohnte der neulichen Sitzung der französischen Akademie zum ersten Male der seit Febr.-Revolution wieder bei. Er wurde von seinen Collegen sehr herzlich empfangen.

Zweite Rede

des Abgeordneten Hesse aus Brilon,

welche derselbe in der Ablösungs-Angelegenheit am 30. November in der Plenar-Sitzung der zweiten Kammer gehalten hat.

In meinem Vortrage bei der allg. Debatte habe ich den evidenten Beweis zu liefern versprochen, daß der 18fache Betrag bei Baarzahlungen, und der 20fache bei Uebernahme auf die Rentbanken der durchaus richtige und angemessene sei, sowohl für die Berechtigten als auch für die Verpflichteten. In dieser Beweisführung will ich in der Kürze die Fragen erörtern:

- 1) Wie viel muß der Berechtigte aufwenden um zu seiner Einnahme zu gelangen?
- 2) Welche Verpflichtungen hat der Berechtigte seiner Genossen gegenüber?
- 3) Welchen Verlusten und Unannehmlichkeiten war der Berechtigte bisher ausgesetzt?

Was die erste Frage anbelangt, so kann deren Beantwortung sich nur auf dem Felde der allereinfachsten praktischen Erfahrungen wegen, um von jedermann sofort gewürdigt und richtig beurtheilt werden zu können.

Der Berechtigte hatte nämlich aufzuwenden:

- a) Die Erhebungskosten, d. h. die Besoldung seines Erhebers oder Rentmeisters. Denn die Erhebung von Capitalzinsen oder von Rentenbankscheine ist ein ganz einfaches Geschäft, wozu es keines besonderen Erhebers bedarf; es sei denn aus Liebhaberei oder Gemüchlichkeit. Will doch selbst die Staatsregierung die Domainen-Rentmeister eingehen lassen! Ganz anders war es aber bisher bei den Nat. Erhebungen.
- b) die Ermittlungskosten unständiger Gefälle, die Reisekosten der Erheber, und Fuhrkosten auswärtiger Erhebener Früchte waren mehr oder weniger bedeutend.
- c) Für Krimpe und Mäusefraß sind 3 — 5 % Körnerverlust anzunehmen.
- d) Der bezoldete Fruchtmesser ist ganz überflüssig geworden.
- e) Die Unterhaltung der Fruchtböden, und der darauf verwendeten Gerätschaften wird künftig erspart.

Nach meinen praktischen Erfahrungen bei etwa 50 Renten, und weil ich die Revision so vieler Rentenrechnungen, und namentlich auch die des sehr begüterten Grafen v. Fürstenberg in Westphalen vorgenommen habe, muß ich den Aufwand in Betreff dieser ersten Frage zu 10 — 14 % annehmen.

Die zweite Frage handelt von den Verpflichtungen der Berechtigten ihrer Genossen gegenüber, und dahin rechne ich:

- a) Daß den Verpflichteten bei erlittenen Mißwachs, Hagelschlag oder sonstigen Unglücksfällen, die eine Steuer-Kommission